

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

479 (16.10.1918) Mittagblatt

Badischer Beobachter

Verlagspreis vierteljährlich:
 In Karlsruhe durch Träger Nr. 455;
 In Karlsruhe durch Post Nr. 1.20;
 In Deutschland durch die
 Post Nr. 6. — ohne Bestellgeld;
 Ausland durch Post oder Kreuz-
 band. Der Einzelverkaufspreis jeder
 Ausgabe beträgt 10 Pf.

Verleger: A. Hofmann, f. d. Verlags- und Druckerei
 Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Ersteilt an allen Werttagen in zwei Ausgaben
 Besagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sonne und Blumen“,
 „Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Dr. H. Meyer;
 für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wühl für Anzeigen und Nummern:
 A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

DEUTSCHES GUT FÜR DEUTSCHES BROT

Es steht als ganzer Mann, der als Bahnbrecher
 und Meister der deutschen Kampfliebe unter
 höchstschwerem Einsatz aller Kräfte jenseits
 seine Lustworte führte. Die Früchte seines Wirkens
 stehen leuchtend vor unseren Augen in den ver-
 schiedenen Taten seiner Schüler und Nachfolger im Luft-
 kampfe. Ein Stück von jenem Heldengeiste lebe in
 ihm, der mit klarem Bewusstsein selbstlos auch das
 Götliche fürs Vaterland bezugehen fähig bereit ist.

Prof. M. Solth

Neuer-Mel-
 lonen
 für den
 Vaterland
 gelehrt
 26. Okt. 1918

Wilson's Antwort auf die deutsche Note vom 12. Oktober.

Washington, 14. Okt. (W.A.B.) Neuer-Mel-
 lonen. Nach Empfang des amtlichen
 Textes der deutschen Note besief Wilson
 Langfing, Daniel und Oberst Soule in
 das Weiße Haus zu einer Konferenz, die zwei
 Stunden dauerte.

Wilson's Antwort ist wenig freundlich und ent-
 spricht im allgemeinen dem, was die Entente
 darüber zu sagen wollte. Für die deutsche
 Presse empfiehlt sich Zurückhaltung gegenüber der Haupt-
 frage, ob eine Verständigung möglich ist oder nicht.
 Jedenfalls ist sie aber nach dieser Note nicht leichter,
 sondern schwerer geworden. Die Frage des Waffen-
 stillstandes und der Räumung des besetzten Gebietes
 wird nicht erledigt, soweit es auf diesem Weg mög-
 lich ist, sondern hinausgeschoben, indem die Zusam-
 menkunft der militärischen Stellen Amerikas und der
 Entente zur Regelung dieser Frage betand wird.

Das deutsche Außenministerium, 14. Oktober. Mein Herr!
 In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regie-
 rung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute
 übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die
 Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der
 von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in
 seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten
 Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgen-
 den Botschaften niedergelegten Bedingungen voll-
 ständiger Neutralität gegenüber der feindlichen
 Parteien der Welt, die dem Urteil und dem Rat
 der militärischen Berater der Regierung der Ver-
 einigten Staaten und den alliierten Regierungen
 überlassen werden müssen, und der Präsi-
 dent fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß
 keine Regelung von der Regierung der Vereinigten
 Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig
 befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften
 für die Fortdauer der gegenwärtigen mili-
 tärischen Heberlegenheit der Armeen der
 Vereinigten Staaten und der Alliierten an der
 Front schaffen. Er hat das Vertrauen, daß er als
 Führer annehmen kann, daß dies auch das Urteil
 und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein
 wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hin-
 zuweisen, daß weder die Regierung der Vereinig-
 ten Staaten, noch er selbst ganz sicher ist, daß die
 Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten
 als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen wer-
 den, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen,
 solange die Streitkräfte Deutschlands fortbe-
 stehen, die ungesegneten und unmen-
 schlichen Praktiken ausüben, bei denen sie
 sich verbarren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche
 Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten
 mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre
 Streitkräfte mit Beschäftigung auf der See, in der
 Luft und auf dem Lande und nicht nur die
 Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passa-
 giere und Besatzungen verharren, sich in Sicherheit zu
 bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem
 zügellosen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und
 Frankreich einen Weg mutwilliger Zer-
 störung ein, der immer als direkte Verletzung
 der Regeln und Gebrauche der zivilisierten Krieg-
 führung betrachtet wurde. Städte und Dörfer, wenn
 sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie ent-
 halten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt.

Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstill-
 stand zustimmen werden, solange die unmen-
 schlichen Handlungen und Verwüstungen und die
 Verwundungen fortgesetzt werden, auf die sie
 mit Recht mit Schrecken und empörendem Herzens
 hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Mög-
 lichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß
 der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly)
 die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf
 die Fassung und die klare Absicht (to be
 unequivocal and plain intent) einer der Friedens-
 bedingungen lenkt, welche die deutsche Regie-
 rung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten
 im Protokoll des Präsidenten, die er am 4. Juli
 in St. Louis verkündet hat. Sie lautet
 wie folgt:

„Vernichtung jeder militärischen Macht
 überall, die für sich selbst und nach eigenem
 Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder
 wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, minde-

stens eine Geradlinigung auf tatsächlichen Um-
 vermögen und (folgt eine Telegrammübersetzung).
 Die Macht, welche bisher die deutsche
 Nation beherrscht hat (controlled) ist von der
 Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu
 ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsi-
 denten bilden natürlich eine Bedingung, die vor
 dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der
 Frieden durch das Vorgehen (by the action) des
 deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident
 hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze
 Durchführung des Friedens seiner Ansicht
 nach von der Bestimmtheit und dem Befriedigenden
 Charakter der Bürgschaften abhängen wird,
 welche in dieser grundlegenden Frage gegeben wer-
 den können. Es ist unumgänglich, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Regierungen unabweisend
 wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Ant-
 wort an die kaiserlich-königliche Regierung von
 Österreich-Ungarn abgeben.
 Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Ver-
 sicherung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

Washington, 14. Okt. (W.A.B.) Neuer-Mel-
 lonen. Nach Empfang des amtlichen
 Textes der deutschen Note besief Wilson
 Langfing, Daniel und Oberst Soule in
 das Weiße Haus zu einer Konferenz, die zwei
 Stunden dauerte.

Wilson's Antwort ist wenig freundlich und ent-
 spricht im allgemeinen dem, was die Entente
 darüber zu sagen wollte. Für die deutsche
 Presse empfiehlt sich Zurückhaltung gegenüber der Haupt-
 frage, ob eine Verständigung möglich ist oder nicht.
 Jedenfalls ist sie aber nach dieser Note nicht leichter,
 sondern schwerer geworden. Die Frage des Waffen-
 stillstandes und der Räumung des besetzten Gebietes
 wird nicht erledigt, soweit es auf diesem Weg mög-
 lich ist, sondern hinausgeschoben, indem die Zusam-
 menkunft der militärischen Stellen Amerikas und der
 Entente zur Regelung dieser Frage betand wird.

Das deutsche Außenministerium, 14. Oktober. Mein Herr!
 In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regie-
 rung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute
 übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die
 Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der
 von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in
 seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten
 Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgen-
 den Botschaften niedergelegten Bedingungen voll-
 ständiger Neutralität gegenüber der feindlichen
 Parteien der Welt, die dem Urteil und dem Rat
 der militärischen Berater der Regierung der Ver-
 einigten Staaten und den alliierten Regierungen
 überlassen werden müssen, und der Präsi-
 dent fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß
 keine Regelung von der Regierung der Vereinigten
 Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig
 befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften
 für die Fortdauer der gegenwärtigen mili-
 tärischen Heberlegenheit der Armeen der
 Vereinigten Staaten und der Alliierten an der
 Front schaffen. Er hat das Vertrauen, daß er als
 Führer annehmen kann, daß dies auch das Urteil
 und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein
 wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hin-
 zuweisen, daß weder die Regierung der Vereinig-
 ten Staaten, noch er selbst ganz sicher ist, daß die
 Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten
 als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen wer-
 den, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen,
 solange die Streitkräfte Deutschlands fortbe-
 stehen, die ungesegneten und unmen-
 schlichen Praktiken ausüben, bei denen sie
 sich verbarren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche
 Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten
 mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre
 Streitkräfte mit Beschäftigung auf der See, in der
 Luft und auf dem Lande und nicht nur die
 Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passa-
 giere und Besatzungen verharren, sich in Sicherheit zu
 bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem
 zügellosen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und
 Frankreich einen Weg mutwilliger Zer-
 störung ein, der immer als direkte Verletzung
 der Regeln und Gebrauche der zivilisierten Krieg-
 führung betrachtet wurde. Städte und Dörfer, wenn
 sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie ent-
 halten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt.

Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstill-
 stand zustimmen werden, solange die unmen-
 schlichen Handlungen und Verwüstungen und die
 Verwundungen fortgesetzt werden, auf die sie
 mit Recht mit Schrecken und empörendem Herzens
 hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Mög-
 lichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß
 der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly)
 die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf
 die Fassung und die klare Absicht (to be
 unequivocal and plain intent) einer der Friedens-
 bedingungen lenkt, welche die deutsche Regie-
 rung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten
 im Protokoll des Präsidenten, die er am 4. Juli
 in St. Louis verkündet hat. Sie lautet
 wie folgt:

„Vernichtung jeder militärischen Macht
 überall, die für sich selbst und nach eigenem
 Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder
 wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, minde-

stens eine Geradlinigung auf tatsächlichen Um-
 vermögen und (folgt eine Telegrammübersetzung).
 Die Macht, welche bisher die deutsche
 Nation beherrscht hat (controlled) ist von der
 Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu
 ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsi-
 denten bilden natürlich eine Bedingung, die vor
 dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der
 Frieden durch das Vorgehen (by the action) des
 deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident
 hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze
 Durchführung des Friedens seiner Ansicht
 nach von der Bestimmtheit und dem Befriedigenden
 Charakter der Bürgschaften abhängen wird,
 welche in dieser grundlegenden Frage gegeben wer-
 den können. Es ist unumgänglich, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Regierungen unabweisend
 wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Ant-
 wort an die kaiserlich-königliche Regierung von
 Österreich-Ungarn abgeben.
 Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Ver-
 sicherung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

Washington, 14. Okt. (W.A.B.) Neuer-Mel-
 lonen. Nach Empfang des amtlichen
 Textes der deutschen Note besief Wilson
 Langfing, Daniel und Oberst Soule in
 das Weiße Haus zu einer Konferenz, die zwei
 Stunden dauerte.

Wilson's Antwort ist wenig freundlich und ent-
 spricht im allgemeinen dem, was die Entente
 darüber zu sagen wollte. Für die deutsche
 Presse empfiehlt sich Zurückhaltung gegenüber der Haupt-
 frage, ob eine Verständigung möglich ist oder nicht.
 Jedenfalls ist sie aber nach dieser Note nicht leichter,
 sondern schwerer geworden. Die Frage des Waffen-
 stillstandes und der Räumung des besetzten Gebietes
 wird nicht erledigt, soweit es auf diesem Weg mög-
 lich ist, sondern hinausgeschoben, indem die Zusam-
 menkunft der militärischen Stellen Amerikas und der
 Entente zur Regelung dieser Frage betand wird.

Das deutsche Außenministerium, 14. Oktober. Mein Herr!
 In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regie-
 rung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute
 übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die
 Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der
 von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in
 seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten
 Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgen-
 den Botschaften niedergelegten Bedingungen voll-
 ständiger Neutralität gegenüber der feindlichen
 Parteien der Welt, die dem Urteil und dem Rat
 der militärischen Berater der Regierung der Ver-
 einigten Staaten und den alliierten Regierungen
 überlassen werden müssen, und der Präsi-
 dent fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß
 keine Regelung von der Regierung der Vereinigten
 Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig
 befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften
 für die Fortdauer der gegenwärtigen mili-
 tärischen Heberlegenheit der Armeen der
 Vereinigten Staaten und der Alliierten an der
 Front schaffen. Er hat das Vertrauen, daß er als
 Führer annehmen kann, daß dies auch das Urteil
 und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein
 wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hin-
 zuweisen, daß weder die Regierung der Vereinig-
 ten Staaten, noch er selbst ganz sicher ist, daß die
 Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten
 als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen wer-
 den, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen,
 solange die Streitkräfte Deutschlands fortbe-
 stehen, die ungesegneten und unmen-
 schlichen Praktiken ausüben, bei denen sie
 sich verbarren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche
 Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten
 mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre
 Streitkräfte mit Beschäftigung auf der See, in der
 Luft und auf dem Lande und nicht nur die
 Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passa-
 giere und Besatzungen verharren, sich in Sicherheit zu
 bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem
 zügellosen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und
 Frankreich einen Weg mutwilliger Zer-
 störung ein, der immer als direkte Verletzung
 der Regeln und Gebrauche der zivilisierten Krieg-
 führung betrachtet wurde. Städte und Dörfer, wenn
 sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie ent-
 halten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt.

Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstill-
 stand zustimmen werden, solange die unmen-
 schlichen Handlungen und Verwüstungen und die
 Verwundungen fortgesetzt werden, auf die sie
 mit Recht mit Schrecken und empörendem Herzens
 hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Mög-
 lichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß
 der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly)
 die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf
 die Fassung und die klare Absicht (to be
 unequivocal and plain intent) einer der Friedens-
 bedingungen lenkt, welche die deutsche Regie-
 rung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten
 im Protokoll des Präsidenten, die er am 4. Juli
 in St. Louis verkündet hat. Sie lautet
 wie folgt:

„Vernichtung jeder militärischen Macht
 überall, die für sich selbst und nach eigenem
 Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder
 wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, minde-

steterung voranzugängen. So ist es klar, daß dann nur ein
 möglich ist, daß Präsident Wilson in Uebereinstimmung
 mit den alliierten Regierungen jetzt die Bedingungen
 aufstellen möchte, denen die Feinde, wenn man anfängt,
 zu verhandeln, zustimmen müssen. Es sei erforderlich,
 einen Hinterhalt zu vermeiden und unumgänglich notwen-
 dige militärische Bürgschaften zu verlangen, damit der
 Waffenstillstand nicht ausschließlich den Feinden zum
 Vorteil gereide. Ferner muß verhindert werden, daß
 die Feinde den Waffenstillstand dazu benutzen, ihre Vere-
 aus der kritischen Lage zu befreien, in der sie sich befin-
 den, und die für sie immer schärfer wird, worauf es
 für sie möglich wäre, die Feindseligkeiten unter gün-
 stigeren Bedingungen wieder aufzunehmen, nachdem
 das Kriegsmaterial zurüdgezogen und ihre Truppen
 reorganisiert waren.

Graf Burian zur Lage.

Wien, 15. Oktober. (W.A.B.) Im Anschluß der
 ungarischen Delegation für äußere Angelegenheiten
 hielt gestern der Minister des Inneren
 Graf Burian das angekündigte Exposé, in
 dem er u. a. ausführte: Der Friedensschritt
 der Mittelmächte eröffnet, wie ich mit auf-
 richtiger Befriedigung feststelle, den Vätern die Aus-
 sicht, daß es gelingen wird, in absehbarer Frist an
 allen Fronten zur Einstellung der Feindseligkeiten
 zu gelangen und in Verhandlungen über den Ab-
 schluss eines allgemeinen, dauernden und gerechten
 Friedens einzutreten. Die Uebereinkunft mußte sich
 verallgemeinern und durchbringen, daß diesen Kompf
 nicht unbedingt das Schwert zu entscheiden habe.
 Die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom
 27. September haben den Faden der Friedens-
 erörterungen, der abermals zu sein schien, wieder
 aufgenommen. Die öffentlichen Meinungen Herrn
 Wilsons sind bei uns nie ohne Eindruck geblieben
 und nie prinzipiell abgelehnt worden. Wir bringen
 der Rede Wilsons vom 27. September
 geäußerte Auffassung der gegenwärtigen Weltlage
 volles Verständnis entgegen. Unser Vertrauen
 in das Wort des Herrn Präsidenten ist so fest, daß
 wir Kombinationen mit Entschiedenheit ablehnen,
 welche diesem Vorgehen taktisch, der Monarchie
 schädliche Motive unterstellen wollen. Es ist eine
 durchaus richtige, nicht nur in den politischen,
 sondern auch in den tatsächlichen militärischen Verhält-
 nissen begründete Auffassung, wenn der Herr Präsi-
 dent der Vereinigten Staaten in der Antwort an
 den deutschen Reichkanzler die Waffenstill-
 standsfrage und damit auch ebenso der Räu-
 mung des von den Mittelmächten an den Kampf-
 fronten besetzten feindlichen Gebietes als eine für
 die Mittelmächte einheitliche Aufgabe
 schon die politische Solidarität der Mittelmächte
 würde die abgeordnete Lösung dieser Frage für
 einen der Verbündeten unmöglich machen und die
 Lage an den Fronten würde die Lösung der Waffen-
 stillstandsfrage für eine der Mittelmächte allein
 gleichfalls ausschließen. Es wird sich also nur darum
 handeln, die technische Voraussetzung für
 die Durchführung der Räumung zu schaffen, wofür
 die Vereinbarungen zu treffen sein werden. Es ist
 wohl kein zu weitgehender Optimismus, wenn ich bei
 dieser Sachlage annehme, daß wir knapp vor der
 Einstellung der Feindseligkeiten stehen und in kurzer
 Zeit mit den Mächten der Entente in Ver-
 handlungen eintreten werden.

Graf Burian sagte weiter: Das zu schaffende
 Friedenswerk wird nicht von einem Tage zum
 anderen erreicht werden. Die Ausgestaltung der
 inneren Verhältnisse der österr.-un-
 garischen Monarchie wird gleichfalls ge-
 räumte Zeit erfordern. In allen Fragen, die spe-
 zielle Kenntnisse voraussetzen, werden Fachmänner
 herangezogen werden. Graf Burian fuhr fort:
 „Nunig vereint mit meinem treuen deutschen
 Bundesgenossen und mit der Türkei, die
 trotz der für sie durch das Ausschneiden Bulgariens
 geschaffenen schwierigen Lage in Erfüllung der über-
 nommenen Schutzpflichten ausharrt, werden wir in
 die Verhandlungen eintreten. Wir werden bei den
 bevorstehenden Friedensverhandlungen
 unser Vorgehen in festem, gegenständlichem Ent-
 wesen mit unseren Verbündeten regeln. Ueber
 das Problem des Balkanbundes und über die
 damit zusammenhängenden Fragen sagte Graf Burian:
 Die Schaffung der Liga der Nationen bildet die
 Voraussetzung für das Zustandekommen eines Fried-
 ens der unparteiischen Gerechtigkeit. Mit ihrer
 Ausrüstung wird die auf dem Madrider Konferen-
 zprogramm des Gleichgewichtes der Mächte-
 gruppen ihr Ende finden. Die einheitliche Organi-
 sation der Staaten wird ihre Sanktion in einer zu
 schaffenden überstaatlichen Vollzugs-
 gewalt finden. Die Geradsagung der
 Rüstungen und die Freiheit der Schif-
 fahrt zur See gehören seit langem zu unserem
 Friedensprogramm. Den friedlichen und freundschaft-
 lichen Wandelverkehr mit allen Nationen
 wieder anzunehmen, ist unser aufrichtiger Wunsch.
 Dagegen ist Polen erklärte der Minister: Unsere
 Bestimmungen Polen gegenüber sind unverändert und
 wir wollen, so wie bisher, unter Berücksichtigung
 der Rechte und Interessen der österr.-un-
 garischen Monarchie und im Einvernehmen mit Deutsch-
 land auf das Wohl Polens gerichtete Bestrebungen
 der polnischen Regierung mit besten Kräften unter-
 stützen.

Sodann besprach der Minister die Lage in Ru-
 mänien und in der Ukraine, um dann, wie
 folgt, zu schließen: Schauen wir uns alle in dieser
 schicksalsschweren Zeit um unseren Monarchen,
 der seit den ersten Stunden seiner Regierung nur
 ein Ziel gekannt hat: den mit ihm durch traditio-
 nelle Bande der Liebe und Treue verbundenen Vol-
 ker einen, die ganze Welt umfassenden Frieden
 der Verböhnung zu geben.

Notiz der Agenzia Stefani.

Rom, 15. Oktober. (W.A.B.) Die Agenzia Stefani
 veröffentlicht folgende Note: Damit die öffentliche
 Meinung nicht hinsichtlich der Bedeutung und der Wirkung
 der Antwort Deutschlands auf die Note des Präsidenten
 Wilson irreführt wird, ist es zweckmäßig, sich die Tat-
 sache zu vergegenwärtigen, deren Folge diese Antwort
 ist. In einer Note vom 5. Oktober ersuchten die Mittel-
 mächte den Präsidenten Wilson, Friedensverhand-
 lungen zu eröffnen, denen ein Waffenstillstand
 vorausgehen sollte. Dieses Ersuchen war an den Präsi-
 denten persönlich und durch ihn an die kriegführenden
 Mächte gerichtet. Präsident Wilson stellte drei Vor-
 fragen, von denen er jegliche weiteren Schritte abhängig
 machte, so daß das Ersuchen um einen Waffenstillstand
 den verbündeten Regierungen nicht übermittelt wurde,
 denn es bleibt erst diese Fragen zu lösen, die jeder Ge-

Notiz der Agenzia Stefani.

Washington, 16. Oktober. Die Antwort des Präsidenten
 Wilson ist, wie die Norddeutsche Allgemeine Anzei-
 gung schreibt, früher, als man erwartet hatte, eingetroffen.
 Sie führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert
 sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegen-
 äußerung der deutschen Regierung notwendig
 werden, so daß das Hauptziel der Aussprache,
 die Herbeiführung eines Waffenstillstandes

Notiz der Agenzia Stefani.

Washington, 16. Oktober. Die Antwort des Präsidenten
 Wilson ist, wie die Norddeutsche Allgemeine Anzei-
 gung schreibt, früher, als man erwartet hatte, eingetroffen.
 Sie führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert
 sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegen-
 äußerung der deutschen Regierung notwendig
 werden, so daß das Hauptziel der Aussprache,
 die Herbeiführung eines Waffenstillstandes

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hin-
 zuweisen, daß weder die Regierung der Vereinig-
 ten Staaten, noch er selbst ganz sicher ist, daß die
 Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten
 als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen wer-
 den, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen,
 solange die Streitkräfte Deutschlands fortbe-
 stehen, die ungesegneten und unmen-
 schlichen Praktiken ausüben, bei denen sie
 sich verbarren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche
 Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten
 mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre
 Streitkräfte mit Beschäftigung auf der See, in der
 Luft und auf dem Lande und nicht nur die
 Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passa-
 giere und Besatzungen verharren, sich in Sicherheit zu
 bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem
 zügellosen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und
 Frankreich einen Weg mutwilliger Zer-
 störung ein, der immer als direkte Verletzung
 der Regeln und Gebrauche der zivilisierten Krieg-
 führung betrachtet wurde. Städte und Dörfer, wenn
 sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie ent-
 halten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt.

Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstill-
 stand zustimmen werden, solange die unmen-
 schlichen Handlungen und Verwüstungen und die
 Verwundungen fortgesetzt werden, auf die sie
 mit Recht mit Schrecken und empörendem Herzens
 hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Mög-
 lichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß
 der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly)
 die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf
 die Fassung und die klare Absicht (to be
 unequivocal and plain intent) einer der Friedens-
 bedingungen lenkt, welche die deutsche Regie-
 rung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten
 im Protokoll des Präsidenten, die er am 4. Juli
 in St. Louis verkündet hat. Sie lautet
 wie folgt:

„Vernichtung jeder militärischen Macht
 überall, die für sich selbst und nach eigenem
 Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder
 wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, minde-

stens eine Geradlinigung auf tatsächlichen Um-
 vermögen und (folgt eine Telegrammübersetzung).
 Die Macht, welche bisher die deutsche
 Nation beherrscht hat (controlled) ist von der
 Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu
 ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsi-
 denten bilden natürlich eine Bedingung, die vor
 dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der
 Frieden durch das Vorgehen (by the action) des
 deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident
 hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze
 Durchführung des Friedens seiner Ansicht
 nach von der Bestimmtheit und dem Befriedigenden
 Charakter der Bürgschaften abhängen wird,
 welche in dieser grundlegenden Frage gegeben wer-
 den können. Es ist unumgänglich, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Regierungen unabweisend
 wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Ant-
 wort an die kaiserlich-königliche Regierung von
 Österreich-Ungarn abgeben.
 Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Ver-
 sicherung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

Washington, 14. Okt. (W.A.B.) Neuer-Mel-
 lonen. Nach Empfang des amtlichen
 Textes der deutschen Note besief Wilson
 Langfing, Daniel und Oberst Soule in
 das Weiße Haus zu einer Konferenz, die zwei
 Stunden dauerte.

Wilson's Antwort ist wenig freundlich und ent-
 spricht im allgemeinen dem, was die Entente
 darüber zu sagen wollte. Für die deutsche
 Presse empfiehlt sich Zurückhaltung gegenüber der Haupt-
 frage, ob eine Verständigung möglich ist oder nicht.
 Jedenfalls ist sie aber nach dieser Note nicht leichter,
 sondern schwerer geworden. Die Frage des Waffen-
 stillstandes und der Räumung des besetzten Gebietes
 wird nicht erledigt, soweit es auf diesem Weg mög-
 lich ist, sondern hinausgeschoben, indem die Zusam-
 menkunft der militärischen Stellen Amerikas und der
 Entente zur Regelung dieser Frage betand wird.

Das deutsche Außenministerium, 14. Oktober. Mein Herr!
 In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regie-
 rung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute
 übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die
 Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der
 von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in
 seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten
 Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgen-
 den Botschaften niedergelegten Bedingungen voll-
 ständiger Neutralität gegenüber der feindlichen
 Parteien der Welt, die dem Urteil und dem Rat
 der militärischen Berater der Regierung der Ver-
 einigten Staaten und den alliierten Regierungen
 überlassen werden müssen, und der Präsi-
 dent fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß
 keine Regelung von der Regierung der Vereinigten
 Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig
 befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften
 für die Fortdauer der gegenwärtigen mili-
 tärischen Heberlegenheit der Armeen der
 Vereinigten Staaten und der Alliierten an der
 Front schaffen. Er hat das Vertrauen, daß er als
 Führer annehmen kann, daß dies auch das Urteil
 und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein
 wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hin-
 zuweisen, daß weder die Regierung der Vereinig-
 ten Staaten, noch er selbst ganz sicher ist, daß die
 Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten
 als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen wer-
 den, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen,
 solange die Streitkräfte Deutschlands fortbe-
 stehen, die ungesegneten und unmen-
 schlichen Praktiken ausüben, bei denen sie
 sich verbarren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche
 Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten
 mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre
 Streitkräfte mit Beschäftigung auf der See, in der
 Luft und auf dem Lande und nicht nur die
 Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passa-
 giere und Besatzungen verharren, sich in Sicherheit zu
 bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem
 zügellosen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und
 Frankreich einen Weg mutwilliger Zer-
 störung ein, der immer als direkte Verletzung
 der Regeln und Gebrauche der zivilisierten Krieg-
 führung betrachtet wurde. Städte und Dörfer, wenn
 sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie ent-
 halten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt.

Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstill-
 stand zustimmen werden, solange die unmen-
 schlichen Handlungen und Verwüstungen und die
 Verwundungen fortgesetzt werden, auf die sie
 mit Recht mit Schrecken und empörendem Herzens
 hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Mög-
 lichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß
 der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly)
 die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf
 die Fassung und die klare Absicht (to be
 unequivocal and plain intent) einer der Friedens-
 bedingungen lenkt, welche die deutsche Regie-
 rung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten
 im Protokoll des Präsidenten, die er am 4. Juli
 in St. Louis verkündet hat. Sie lautet
 wie folgt:

„Vernichtung jeder militärischen Macht
 überall, die für sich selbst und nach eigenem
 Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder
 wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, minde-

stens eine Geradlinigung auf tatsächlichen Um-
 vermögen und (folgt eine Telegrammübersetzung).
 Die Macht, welche bisher die deutsche
 Nation beherrscht hat (controlled) ist von der
 Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu
 ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsi-
 denten bilden natürlich eine Bedingung, die vor
 dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der
 Frieden durch das Vorgehen (by the action) des
 deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident
 hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze
 Durchführung des Friedens seiner Ansicht
 nach von der Bestimmtheit und dem Befriedigenden
 Charakter der Bürgschaften abhängen wird,
 welche in dieser grundlegenden Frage gegeben wer-
 den können. Es ist unumgänglich, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Regierungen unabweisend
 wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Ant-
 wort an die kaiserlich-königliche Regierung von
 Österreich-Ungarn abgeben.
 Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Ver-
 sicherung meiner Hochachtung.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hin-

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt machen wir die traurige Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meinen lieben Gatten, unsern guten Vater und Schwager

Joseph Braun

nach kurzem, schwerem Leiden, wohl- versehen mit den hl. Sterbesakramenten, am Montag mittag um 3 Uhr, im Alter von 62 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Karlsruhe-Belzheim, 16. Oktober 1918.
Breitstrasse 32.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Anna Braun
und Kinder.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. Okt., nachmittags 5 Uhr statt. 8957

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlichster Anteilnahme an dem schmerzlichen Verluste, der mich durch den Tod meiner unvergesslichen, treuen Gattin betroffen hat, sage ich innigsten Dank. Besondere danke ich noch für die so zahlreiche Beweise der Anteilnahme an dem schmerzlichen Verluste und für die vielen Blumen- und Kranzspenden. 8951

Fridolin Neu und Kinder.

Für Allerseelen

Allerseelen-Andacht sowie für Krieger-Feiern.

Sieben erschienen und allen kathol. Kirchenchören bestens empfohlen:

Weitzel, W., op. 5, Trauerklänge, Sammlung von 10 Grabliedern für 1-, 2-, 3- und 4stimmigen Frauenchor, mit und ohne Orgel, darunter 4 Trauerstücke für gefallene Soldaten bei kirchlichen und weltlichen Trauerfeiern, hoch 4^e, 12 S., Mk. 1.50.

Berner, Otto A., Drei letzte Grabgesänge für den praktischen Gebrauch, hoch 4^e, 8 S., 70 Pf.

Inhalt: 1. Berner, op. 834, „Die Last der Vollbräuterei“. Für 4stimmigen gemischten Chor bzw. für 2 Frauen- oder Knabenstimmen. 2. Berner, op. 332, „Wir stehen ums Grab“. Für Sopran, Frauen- oder Knabenchor. 3. Frey C., „Letztes Grüßen“. Für 4stimm. Frauen- oder Knabenchor.

4. Deutsche Gesänge für Allerseelen und Grabbesuch. 1917. 8^o (2) Partitur Mk. 1.— Jede weitere Partitur als Stimme 20 Pf.

Badenia Verlag und Druckerei Karlsruhe

Tüchtige Stenotypistinnen

zu sofortigem und späterem Eintritt gesucht.

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe

(Städt. Arbeitsamt Karlsruhe)

Bähringerstraße 100. 3851

Zur Reinhaltung und Heizung von Büros werden kräftige

Frauen

gesucht zu sofortigem Eintritt.

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

(Städt. Arbeitsamt Karlsruhe)

Bähringerstraße 100, 2. St. 3805

Pünktliche zuverlässige

Zeitungsfrau

sofort gesucht.

Die Geschäftsstelle des Bad. Beob.

Adlerstraße 42.

Grossherz. Hoftheater.

Mittwoch, den 16. Oktober 1918.

1. Sinfonie-Konzert

der Grossh. Hofkapelle.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe.

Mittwoch, den 16. Oktober 1918.

17. Sondervorstellung des Grossh. Hoftheaters Karlsruhe.

Die Fledermaus.

Operetta in 3 Akten. Musik von Johann Strauss.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende: 11 1/2 Uhr.

Bekanntmachung.

Bei der heute durch den Bürgerausschuss vorgenommenen Wahl eines Erbschaftsbesizers für den verstorbenen Stadtrat Ludwig Käppeler wurde

Architekt Karl Trier

mit Ausschluss bis zu den regelmäßigen Erneuerungswahlen zum Stadrate gewählt. Die Wahlakten liegen vom 16. ds. Mts. an während 8 Tagen im Rathaus 2. Stod. Zimmer Nr. 58, zu jedermanns Einsicht auf.

Etwalige Einsprüche oder Beschwerden gegen die Wahl müssen innerhalb dieser Frist beim Bürgermeisteramt oder dem Großh. Versteigerungsamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit Vorlegung der Beweismittel angebracht werden. Karlsruhe, den 14. Oktober 1918. 3941

Das Bürgermeisteramt.

Bad. Landesverein vom Roten Kreuz.

66. Danfsagung.

An Spenden für das Rote Kreuz sind von außerhalb der Stadt wohnhaften Personen bei unserer Kassenverwaltung in der Zeit vom 1.—30. September 1918 weiter eingegangen: Von den Frauenvereinen: Altenseim 20, Wehr 60, Gubigheim (f. Aug.) 7.55, Woggingen 10; durch Bezirks- bzw. Ortsausläufer vom Rote Kreuz: St. Blasien f. 1917 und 1918 1000, Zell i. B. 150, Schopfheim (f. Aug.) 200, Badenweiler 60, Durlach (f. Juli und Aug.) 800, Achern 100, Offenburg (f. Aug.) 500, Bad. Weinfelden (f. Sept.) 200, Kehl (f. Sept.) 300, Staufen 50, Bruchsal 500, Donaueschingen (f. Sept.) 100, Wertheim a. M. (f. 8. Quart.) 279, Kahr 150, Heilberg (f. Sept.) 1500, Singen a. B. 50, Lössau 800, Heblingen (f. Sept.) 200, Emmendingen (f. Sept.) 800, Schwenningen (m. G.) 500, Mannheim (f. Sept.) 3500 (dar. 500 f. d. Annahmest.), P. Baden 500, Vörsberg (Jahrebeitr.) 600; von Bahnh. u. Personal der Stationen: Radolfzell, Sammlung des St.- und Jugpersonals 17.45, Freiburg, Rekonstruktionskasse 12.45; ferner von: Ralph bei Gillingen, Betriebsleiter Franz Schwarz (m. G.) 10, Hödingen, Landwirt Aug. Ruer 8, Göttingen, Adolf Simon (Spendenliste) 2, Dinglingen, Julia u. Niesche (f. Sept.) 50, Kaffierleitner O. Salek (f. Sept.) 2, Weisweil, Hauptl. Sattler (Erbsch. der Volkshochschule Weisweil für abg. Löhnen) 128, Riedelberg, evang. Pfarramt (Samml. in Gottesdienst) 100, Baufeldt, Missionar Heber 85.13, Düren, Bäcker Meier 12.00; von den Steuer- einnehmern, Gerichtsassen und Landgerichten: Inhalt der Sammelbüchsen: 3.44, Mannheim 6.80; zusammen: 13 104 M. 90 Pf. 3935

Für alle Gaben herzlichsten Dank!

Sitzungssaal des Ständehauses, Ritterstrasse 22, Karlsruhe.

Samstag, den 19. Oktober, nachm. 4 Uhr,

Dr. Hölcher VORTRAGE Prof. Dr. Uebelohde

über **Textilstoffe**

Verbesserungen in der Papiergarnindustrie.

Notwendigkeit der Versorgung mit Papiergarnzeugnissen. Verwendungsmöglichkeiten, Vorführungen von Stoffen und Lichtbildern, Ausstellung von Bedarfsgegenständen aus Papiergarn.

Die Vorträge sind veranstaltet auf Anregung der Reichsbekleidungsstelle in Berlin, durch das Deutsche Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe. 3849

Eintritt frei! Karten für reservierte Plätze in der Hofmusikalienhandlung Fr. BERT, Karlsruhe, Kaiserstrasse 159. **Eintritt frei!**

Nächste Badische Krieger-Geldlotterie

Ziehung 25. Oktober

Mögl. Höchstgewinn

20 000 Mk.

und 3263 Geldgewinne

17 000 Mk.

und 3964 Geldgewinne

37 000 Mk.

Los zu 1 M. Porto u. List 33 Pf.

empf. Lot.-Unternehmer

J. Stürmer

Strohsburg i. E., Lange- str. 107, Fil. Kehl a. Rh. Hauptstr. 195

Frz. Pecher, Karlsruhe

Zirkel 30, Gewerbank.

Carl Götz, Hebelstr. 11/15 u. alle Losverkaufsstellen.

Handels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Blusenmäntel

Seidenmäntel

Paletots, Röde

Jackentücher, Blusen

PELZE

Wäscheartikel

Keine Ladenbesuche

Tapeten

empfehle in großer Auswahl, sofort lieferbare Ware, da größere Vorräte.

Tapetenhaus U. Barand.

Douglosstr. 26, Teleph. 2435.

bei der Hauptpost, Karlsruhe, Liebermann u. Tapetezartdr. 3919

Gänselebern

werden fortwährend angeliefert.

A. Wäßer, Kreuzstr. 20.

Karlsruhe. 3836

Gänselebern

werden fortwährend angeliefert.

G. Weck, ab. Elfrimer, Erb- prinzenstr. 21, 2. St., Karlsruhe

Für jenen, fränkischen Mann in der Schicht wird täglich ca. ein Liter

Ziegenmilch

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle Nr. 366 erbeten.

Ladnerin-Gesuch.

Für mein Ausz. Kost- und Bekleidungs-Geschäft suche sofort oder später eine jüngere Verkäuferin.

Leopold Wipfler

Karlsruhe, Antientstraße 31.

Knecht

gesucht. Ein Knecht auf sofort oder später gesucht für Landwirtschaft bei Friedrich Kromer, Landwirt in Reitel- feld, Post Lengen, A. Bosen- dorf, Baden 8945

Mädchen-Gesuch

Ein ehrliches, fleißiges, zuverlässiges Mädchen, das alle landwirtschaftlichen Arbeiten verrichten kann, und auch melken kann, zu alleinlebender, alter Wittwe gesucht. Ange- bote unter Nr. 75 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Ücht. Mädchen

mit guten Zeugnissen f. Bäck- und Haushalt per 1. Novem- ber gesucht. 3941

Wilhelmstr. 34, 1. St.

Gebrüder Scharff

Kartoffel-Versorgung.

Im Interesse einer geordneteren Versorgung unserer Kunden mit Kartoffeln haben wir unsere bisherige Kartoffel-niederlage Karlstrasse 25 nach

Amalienstrasse 51
(Ecke Hirschstrasse)

verlegt. Auch in dieser Verkaufsstelle werden in der Hauptsache Kartoffeln zum Verkauf kommen.

In folgenden Niederlagen werden ebenfalls regelmässig Kartoffeln ver- abfolgt:

Amalienstrasse 27 Rudolfstrasse 21
Kriegsstrasse 105 Rheinstrasse 34a.

Anmeldungen zur Kunden- liste für Kartoffeln nehmen unsere Filialleiter entgegen.

Neuer Wein

slüsser Gleisweiler trifft morgen und im Laufe der Woche weitere Wagen Laufener, Ach- karrer, Reichenweierer, Rappolts- weiler, Frankweiler und Barweiler, Schewer hier ein. Wir empfehlen solche in besten Qualitäten billigst. 3853

Franz Fischer & Cie.

Steinstrasse Nr. 29. — Fern- sprecher 163. Karlsruhe.

Gesangs-Unterricht.

Unterzeichnete nimmt Anmeldungen für ihren dem- nächst in Karlsruhe zu eröffnenden

Gesangs-Kursus

entgegen. Näheres Karlsru. 32, 3. St. 3862

Frau Hoyerer-Sängerin Olga Kallensee,

Darmstadt, Inselstr. 42.

Das Biegerschafts-Büro

Kalestr. 56

Karlsruhe

empfiehlt sich zum Ankauf und Verkauf von Biegerschaften jeder Art.

Unsere Spielwaren- Ausstellung

ist **eröffnet.**

HERMANN 8952

TIETZ.

Salon- und Wannenbäder

m. Abonnement I. Kl. 1.30 Pf.
II. Kl. 90 Pf., III. Kl. 50 Pf.
in Friedrichsbad
136 Kaiserstr. 136.
Kittlitz des Rabatt-Spar-Verdus.

Badenia + Verlag und Druckerei + Karlsruhe

Sieben ist erschienen:

Die Klosterfrage im Großherzogtum Baden

Ein Beitrag zur kirchenpolitischen Geschichte der bad. Heimat von

Dr. Josef Schöfer

Mitglied der Zweiten Badischen Kammer

Motto:

Jeder Landes-Einwohner genießt der ungehörter Gewissensfreiheit und in Aufhebung der Art seiner Gottesverehrung des gleichen Schutzes.

Badische Verfassung § 18.

48 Seiten 50 Pf., mit Porto 60 Pf.

Zum Vorwort sagt der Herr Verfasser:

Am 22. August 1818 hat Großherzog Karl im Bade Grisebad die Verfassungsurkunde für sein Land unterzeichnet. Fürst und Volk haben das Jubiläum gefeiert. Die Verfassung war und ist ein Instrument der Freiheit und des Rechts. Ein Denkmahl für den hundertjährigen Bestand der Verfassung haben Fürst und Volk errichtet in dem neuen Kirchengesetz. Dieses Gesetz führt die Klosterfrage nach hundertjährigen Wünschen, Hoffen und Kämpfen zum Ziele. Damit ist die Zeit gekommen, Klüzubalen und rückwärtshauend Lehren für die Zukunft zu gewinnen.

Inhalt:

- 1. Grundrissliches. 2. Die Klosterfrage im Großherzogtum Baden vor 1800-3. Das Gesetz von 1860 und die Klosterfrage. 4. Der Klostersturm kurz vor und nach dem Kriege 1870/71. 5. Umbauung von erträglicheren Zuständen. 6. Der Kampf um Zulassung von Männerklöstern von 1894 bis 1902. 7. Der Klostersturm im Jahre 1902. 8. Die zehn Jahre vor dem großen Krieg. 9. Die Lösung im Weltkrieg.

Jedermann muß für diese hochinteressante Schrift Interesse haben.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Verlagspreis vierteljährlich: ... Die Kriegslage ... Die Verwüstung Nordfran ... Entente ... Berlin, 15. Oktober. (W.T.B.) ... Der feindliche Vorstoß ... Berlin, 15. Okt. (W.T.B.) ... Feuer englischer Gesch ... Die Frankreich ... Berlin, 15. Oktober. (W.T.B.) ... es getade von dem bekann ... punkte aus annimmt. Ist es doch ... reich während des Krieges ... bereits längst dort anständig g ... Kriegsausbruch dorthin geflü ... tigen, oft getadeu br ... lung ausgeübt waren und ... französischen Sozialistin Seve ... dings darüber in der Par ... namentlich den Fall eines G ... herbor, der mehrere Jahre vor ... in Deutschland dienen zu müß ... eing, in die Fremdenlegion e ... digung seiner Dienstzeit bei ... freiwillich wieder in ... emtrat. Von französischer ... handelten nicht das mindeste ... und dort hätte er im Ggan ... allein er hatte den großen ... Deutschlands sein Wort franz ... auch bei der Fremdenlegion i ... liches hinauszufern. Dieser ... heimlich deutsche Mundart g ... weien im Felde beim 3. Bata ... wahren Hölle zu machen. Er ... Kameraden im Schützengraben ... hakte 7 Wochen. In seiner ... lich der Qualen durch die H ... wurde jedoch ergriffen und so ... in Berücksichtigung der G ... wurde er schließlich zu 10 Jah ... urteilt. Die Severins erklärt d ... aus nicht bereingelt datche. ... holsche Behandlung der G ... nennt sie eine der peinlichsten ... weist hierzu auf die Feststellun ... erschienenen Journals 'Une ... Massenflucht der Franzos ... Berlin, 15. Okt. (W.T.B.) ... gresse der Ententetruppen in ... sei einiger Zeit begonnene M ... wohnt, namentlich im dicht ... eine außerordentliche Vertärf ... für die im Bereich des Ferner ... Städte wie Rououot, Tiellet, M ... Rououot verständlich, greift aber ... richtigen Gebiete in er ... über. Die nach vielen Tausenden ... fremde Fluten gegen O ste n. W ... um das Los dieser von Haus u ... ger, die auf Wasser durchweichte ... verfügen versehen, weite Weg ... higen Stappen zurücklegen müß ... dengen doch die für eine derartig ... schaffenden Verkehrsmittel und d ... en bisherigen Organisationsv ... ein unübersehbar Glend. Neuchä ... Nordfrankreich. Von den vernicht ... Berzuben abgesehen, gestaltet ... das Schicksal aller, die noch flüch ... überaus bejournisierend. ... Berlin, 15. Okt. (W.T.B.) ... meldet die Verletzung des ... merite an den Oberflieutn ... Hauptmann Vertens. ... *)